



EU vereint gegen illegale Migration

Bundeskanzlerin erzielt beim EU-Rat Durchbruch

Beim EU-Gipfel in Brüssel haben sich die EU-Länder in der Migrationsfrage unter anderem auf Auffangzentren in Nordafrika geeinigt. Außerdem wird die Grenzschutzagentur Frontex weiter ausgebaut und erhält mehr Spielraum.

„Kontrollierte Zentren“, zunächst in der EU, sollen die Bootsflüchtlinge aufnehmen. Weitere Auffanglager sollen in Nordafrika eingerichtet werden. Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte nach der Einigung, auch wenn sie optimistisch sei, "gibt es noch viel zu tun, um die verschiedenen Sichtweisen zu überbrücken". Nach einem regelrechten Verhandlungsmarathon hatten sich die EU-Staaten auf dieses Vorgehen verständigt.



Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der Regierungserklärung zum Europäischen Rat in dieser Woche im Plenum des Bundestages

Um das Geschäftsmodell der Schleuser dauerhaft zu beenden, will die EU stärker auf Auffangzen- Seite 2

Haushaltsausschuss beschließt Bundeshaushalt 2018 – Josef Rief MdB: „Starkes Signal für Stabilität und Weiterentwicklung“

Berlin. Josef Rief informiert nach der bis Donnerstagmorgen um 2.45 Uhr dauernden Bereinigungssitzung im Haushaltsausschuss des Bundestages über die Ergebnisse: „Ich freue mich, dass es der Koalition im Haushaltsausschuss gelungen ist, viele wichtige Verbesserungen in den Haushaltsentwurf des Finanzministers hinein zu verhandeln. Wir geben aus meinem Zuständigkeitsbereich des Gesundheitshaushaltes etwa 5 Millionen Euro Soforthilfe für den Ebola-Ausbruch im Kongo und zeigen damit unsere Verantwortung für die Internationale Gesundheit. Die Investitionen in denkmalgeschützte Kulturobjekte haben wir erhöht. Die Mittel für die Ehrenamtsvergütung beim THW erhöhen wir um ein Drittel. Damit setzten wir ein Zeichen der Wertschätzung für den Dienst der Freiwilligen. Auch beim Baukindergeld sind die Mittel jetzt in den Haushaltsplan eingestellt, ohne Wohnflächenbegrenzung“. Der Bundeshaushalt, der nach Debatten über jeden Ein-



Josef Rief mit dem Haushaltspolitischen Sprecher der Unionsfraktion, Eckhardt Rehberg (l.) und dem zweiten Haushaltsausschussmitglied aus BaWü, Axel Fischer

zelplan der Ministerien in der kommenden Woche beschlossen werden soll, wird ohne Neuverschuldung auskommen und ein Volumen von 343,6 Milliarden Euro haben. Der Bundeshaushalt setzt jetzt mit ca. 47 Milliarden Euro priorisierte Maßnahmen des Koalitionsvertrages um. Mit dabei ist die Erhöhung des Kindergeldes sowie des Kinderfreibetrags und die starke Aufstockung beim Personal bei Polizei und Zoll. ■

Josef Rief ist auf Facebook mit Profil und Fan-Page unter: www.facebook.com/josefriefmdb

facebook

Fortsetzung von Seite 1

tren in Nordafrika setzen – in enger Zusammenarbeit mit dem UNHCR und der Internationalen Organisation für Migration (IOM). Auf diese Weise wird der Anreiz verschwinden, mit Unterstützung krimineller Schlepperbanden die lebensgefährliche Fahrt über das Mittelmeer zu unternehmen“, hofft Katja Leikert, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und zuständig für das Thema Europa. Bootsflüchtlinge, die auf dem Meer aufgegriffen werden, sollen dann dorthin zurückgebracht werden. „Unter strikter Beachtung rechtsstaatlicher Grundsätze wird dort im Einzelfall entschieden, wer wirklich hilfsbedürftig ist und deshalb einen Schutzstatus erhält“, so Leikert.

Die illegale Migration über das Mittelmeer ist seit dem

Jahr 2015 um 95 Prozent zurückgegangen. Dennoch will die EU ihre Außengrenzen noch wirksamer als bisher schützen. „Um dieses Ziel zu erreichen, wird die EU ihre Unterstützung sowohl für die europäischen Mittelmeeranrainer als auch die nordafrikanischen Transitländer weiter verstärken“, erklärt Leikert. Die europäische Grenzschutzagentur Frontex wird in diesem Zusammenhang mehr Geld und erweiterte Befugnisse erhalten. Und sie wird bis 2020 weiter aufgestockt. Leikert: „Die Beschlüsse des EU-Gipfels in Brüssel ermöglichen einen erfolgreicherer Kampf gegen die illegale Migration sowohl an den EU-Außengrenzen als auch zwischen den einzelnen Mitgliedsländern. ■

Renten steigen ab 1. Juli 2018 erneut deutlich an

Ab dem 1. Juli steigen die Renten in Westdeutschland um 3,2 Prozent und in den neuen Ländern um 3,4 Prozent an. Die anstehende Rentenanpassung unterstreicht die erfolgreiche Rentenpolitik der Bundesregierung unter der Führung von Angela Merkel. Es sind die guten Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt und die erfolgreiche wirtschaftliche Situation, die diese Anpassungen ermöglichen. Folglich entwickelte sich zuletzt das Rentenniveau viel besser, als Experten dies vorausgesagt hatten. Die Rentenanpassungen haben sich seit

1992 mit einer Steigerung um mehr als 51 Prozent auch besser entwickelt als etwa die Einkommen aus Vermögen.

Wie von der Koalition vereinbart, wird die Rentenversicherung ab 2019 nicht nur wie bisher die Hälfte des Krankenkassenbeitrags für Senioren bezahlen, sondern auch die Hälfte des Zusatzbeitrags. Das ist für viele Rentnerinnen und Rentner eine spürbare Entlastung. Außerdem wird es auf der Basis des Koalitionsvertrages zeitnah Verbesserungen bei der Mütterrente und bei der Erwerbsminderungsrente geben. ■

Keine Maut für Landmaschinen - Pragmatische Kulanzregelung vermeidet Bürokratie in der Übergangsphase

Es drohte für eine mehrmonatige Übergangsphase eine Mautpflicht auch für Landmaschinen. Dies konnte nun abgewendet werden. Josef Rief zeigte sich sehr erfreut über die Klarstellung von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer: „Es ist ein großer Erfolg, dass wir bis zur endgültigen Mautbefreiung durch das neue Bundesfernstraßenmautgesetz, das am 1. Januar 2019 inkrafttreten soll, viel Bürokratie und die Drosselung der

Traktoren, die über 40 km/h fahren, abwenden können. Andernfalls hätten für die wenigen Monate auch Geräte zur Mauterfassung angeschafft werden müssen. Das wäre eine unverhältnismäßige Belastung für die Landwirte. Die Land- und Forstwirtschaft nutzt ihre Fahrzeuge und Maschinen zur Feld- und Waldarbeit und fährt nur gelegentlich für kurze Strecken auf Bundesstraßen. Ich danke Andreas Scheuer, dass für die Übergangszeit bis zum Inkrafttreten der Mautbefreiung mit dem Bundesfernstraßenmautgesetz am 1. Januar 2019, eine pragmatische Kulanzregelung gelten wird“. ■

Feuerwehr Sießen i.W. in Berlin

Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr aus Sießen im Wald (Schwendli) besuchten Josef Rief im Bundestag. In der Diskussion mit den Besuchern wurde über aktuelle Themen wie Flüchtlinge, die Entwicklung des Gesundheitssystems sowie die Herausforderungen bei der Bundeswehr gesprochen. Josef Rief ist den Feuerwehrleuten und auch ihren Partnern und Partnerinnen, die oft zurückstehen müssen, sehr dankbar für ihren steten Einsatz und die nicht ungefährliche Arbeit. ■

